

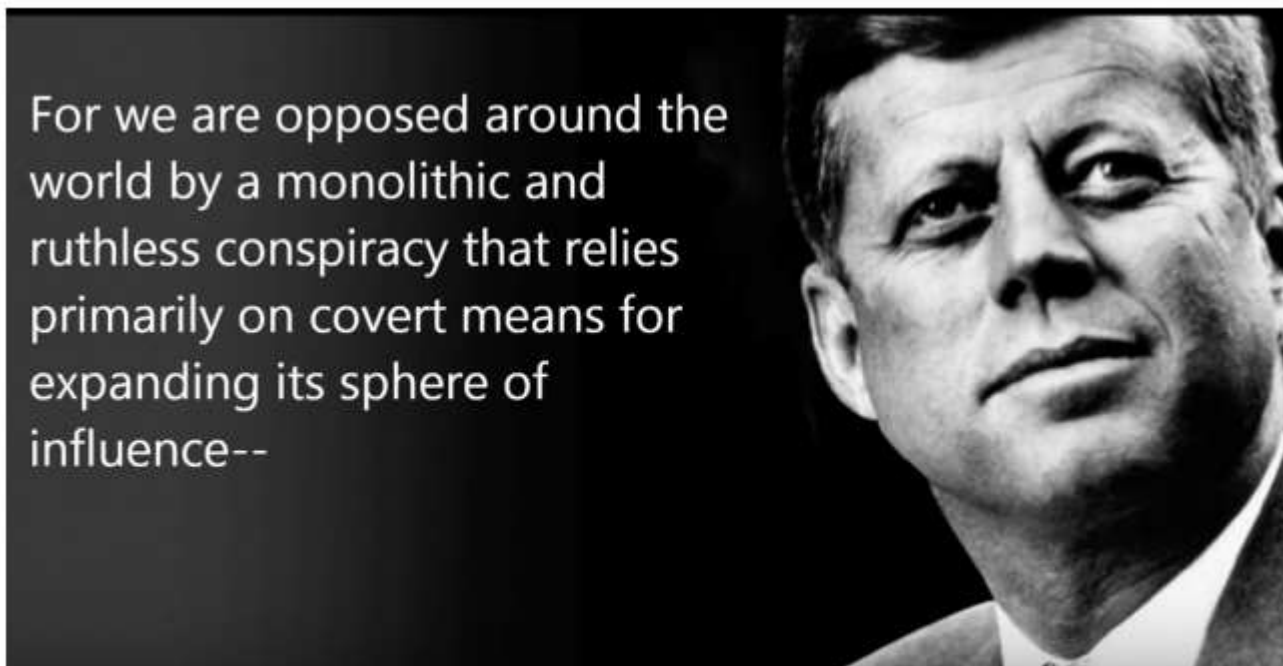


TAGESEREIGNIS

HOME OF THE REAL NEWS.

John F. Kennedy musste sterben, weil er die FED entmachten und den Deep State entlarven wollte. Das will Trump auch.

19. August 2018 <https://tagesereignis.de/2018/08/politik/john-f-kennedy-musste-sterben-weil-er-die-fed-entmachten-und-den-deep-state-entlarven-wollte-das-will-trump-auch/4231/>



Denn wir stehen weltweit einem unbarmherzigen und unbarmherzigen Komplott gegenüber, das sich vor allem auf verdeckte Mittel zur Erweiterung seines Einflussbereichs stützt.

Aus aktuellem Anlass veröffentlichten wir [eine Rede](#) von John F. Kennedy, denn mehr denn je passt sie heute – leider – in unsere Zeit.

Zweieinhalb Jahre nach dieser Rede wurde Kennedy ermordet. Es ist eher unwahrscheinlich, dass es genau diese Rede war, die ihn zu Tode brachte, es war wohl eher die Tatsache, dass er alles tat, um dieser Rede gerecht zu werden. Er bekämpfte, so gut er konnte, die Schattenregierung der Geheimdienste, aber das, was er eigentlich erreichen wollte, nämlich die Presse für entsprechende Veröffentlichungen zu begeistern und dafür zu gewinnen, mit ihm zusammen die Bevölkerung aufzuklären, schlug fehl.

Denn die Presse war damals schon gekauft, sie gilt nicht umsonst als vierte Macht im Staat.

Bereits seine Amts-Antrittsrede am 20. Jan. 1961 ließ vermuten, dass Kennedy kein angepasster Präsident sein würde. Er hatte damals schon die Fackel der ersten amerikanischen Revolution aufgegriffen und gesagt „Wir dürfen nicht vergessen, dass wir die Erben jener ersten Revolution sind.“ Auch wollte er nicht tatenlos „einer schleichenden Aushöhlung jener Menschenrechte zuzusehen, denen diese Nation immer verpflichtet war.“

Aber es hat nichts genutzt, denn noch immer schaut die Welt tatenlos zu, wie unsere Menschenrechte ausgehöhlt werden. Heute schlimmer denn je.

Wie der heutige amerikanische Präsident Trump bemühte Kennedy sich um eine Verständigung mit den Russen und vor allen Dingen wollte er den Dollar aus den Fängen der FED befreien, die das Land seit 1913 kontrollierte. Weltweit sind die Landesbanken in privater Hand und unsere Regierungen sind von ihnen abhängig. Wenn das Bargeld tatsächlich einmal abgeschafft sein sollte, dann könnten sie mit einem Klick den Menschen alles nehmen, was die besitzen. Im schlimmsten Fall könnte dies der Untergang des Privatbesitzes bedeuten.

Präsident Trump macht es richtig, denn er weiß um die mangelnde Loyalität der Presse und spricht in Veranstaltungen, die, wie zu Zeiten seines Wahlkampfes, Stadien füllen, direkt zum Volk. Er erreicht damit die Massen und nicht nur einen kleinen, erlesenen Klub. Durch die gleichzeitigen Live-Übertragungen schauen die Menschen weltweit zu. Er hat mit seinem Mut und seiner Offenheit eine Freiheits-Bewegung in Gang gesetzt, die sich schon längst nicht mehr auf die USA beschränkt.

Somit hat er sich die Unterstützung eines großen Teiles der amerikanischen Bevölkerung gesichert und nach und nach ist auch der Rest der Welt dabei, darüber nachzudenken, ob denn wirklich alles so ist, wie die Zeitungen es berichten. Denn es kann nicht sein, dass jemand nur negative Presse bekommt, der eigentlich einen Erfolg nach dem anderen vermelden kann.

Es gibt übrigens noch eine nicht unerhebliche Gemeinsamkeit mit Kennedy: Wie dieser verzichtet Trump auf sein Präsidenten-Salär und nimmt lediglich den symbolischen Dollar pro Jahr. Der Rest wird alle drei Monate gespendet.

Möge Präsident Donald J. Trump das Schicksal Kennedys erspart bleiben und er erfolgreich beenden können, was Kennedy damals angefangen hat. Wir brauchen

noch mehr mutige Menschen in dieser Welt, die sich auf die Seite der Menschen stellen, von denen sie gewählt wurden. Wahlversprechen sind dazu da, eingehalten zu werden. Und zwar unter allen Umständen. Präsident Trump zeigt, dass das möglich ist, trotz aller Widerstände einer Presse, die heute wie damals die bestehende Regierung unterminiert.

„Unter dem Vorwand der Sicherheit wird Zensur und Geheimhaltung ausgedehnt werden.“ J.F.K. erklärt 1961 den Deep State

16. Juni 2018



Unsere Lebensweise wird angegriffen. Diejenigen, die sich zu unserem Feind machen, sind weltweit auf dem Vormarsch.

Aus aktuellem Anlass ziehen wir die Veröffentlichung dieses Beitrags vor, den wir eigentlich – zum Gedenken an einen ebenfalls mutigen Präsidenten – erst zu seinem Todestag publizieren wollten. Kennedy beschreibt darin gegenüber der Presse zum ersten Mal die Gefahren des Deep State und bittet um deren Zusammenarbeit mit ihm, um die Bevölkerung aufzuklären.

Am 27. April 1961, hielt Kennedy im New Yorker Waldorf-Astoria Hotel [eine Rede](#), über die die Massenmedien noch nie berichteten. Wir haben sie neu übersetzt, da ältere Übersetzungen teilweise unverständlich waren. Fett hervorgehoben ist der Teil, der sich insbesondere mit der „Gefahr“, wie er es nannte, beschäftigt.

John F. Kennedy und die Verfälschung der Wahrheit

Ich weiß Ihre großzügige Einladung, heute Abend hier zu sein, sehr zu schätzen.

Sie tragen heutzutage eine schwere Verantwortung, und ein Artikel, den ich vor einiger Zeit gelesen habe, hat mich daran erinnert, wie sehr die heutigen Ereignisse Ihren Beruf belasten.

Sie erinnern sich vielleicht, dass im Jahre 1851 die „New York Herald Tribune“ unter dem Eigentümer und Herausgeber Horace Greeley als Londoner Korrespondenten einen unbekanntem Journalisten namens Karl Marx beschäftigte.

Uns wird gesagt, dass der Auslandskorrespondent Marx, total pleite und mit einer Familie, die krank und unterernährt war, ständig an Greeley und den Chefredakteur Charles Dana appellierte, sein Gehalt um 5 Dollar pro Veröffentlichung zu erhöhen, ein Gehalt, das er und Engels undankbarerweise als den „lausigsten kleinbürgerlichen Betrug“ bezeichneten.

Aber als alle seine finanziellen Bitten abgelehnt wurden, suchte Marx nach anderen Mitteln des Lebensunterhalts und Ansehens, beendete schließlich seine Beziehung zur Tribune und widmete seine Talente vollzeitlich der Sache, die der Welt die Saat des Leninismus, des Stalinismus, der Revolution und des Kalten Krieges hinterlassen würde.

Hätte ihn nur diese kapitalistische New Yorker Zeitung freundlicher behandelt, wäre Marx nur ein Auslandskorrespondent geblieben und dann wäre die Geschichte vielleicht anders verlaufen. Ich hoffe, dass alle Verleger diese Lektion im Gedächtnis behalten werden, wenn sie das nächste Mal eine einfache Bitte um eine Gehaltserhöhung von einem unbedeutenden Zeitungsmann erhalten.

Ich habe als Titel meiner Ausführungen heute Abend „Der Präsident und die Presse“ gewählt. Einige mögen vermuten, dass dies natürlicher formuliert wäre: „Der Präsident gegen die Presse“. Aber das sind nicht meine Gefühle heute Abend.

Als jedoch ein bekannter Diplomat aus einem anderen Land kürzlich forderte, dass unser Außenministerium bestimmte journalistische Angriffe auf seinen Kollegen zurückweist, war es für uns unnötig zu antworten, dass diese Administration nicht für die Presse verantwortlich sei, denn die Presse hatte bereits deutlich gemacht, dass sie nicht für diese Administration verantwortlich ist.

Dennoch ist mein Ziel heute Abend nicht der übliche Angriff auf die so genannte einseitige Presse zu starten. Im Gegenteil, in den letzten Monaten habe ich selten Beschwerden über politische Voreingenommenheit in der Presse gehört, außer von einigen wenigen Republikanern. Es ist auch nicht mein Ziel, heute Abend, die Fernsehübertragung von Pressekonferenzen des Präsidenten zu diskutieren oder zu verteidigen. Ich halte es für sehr vorteilhaft, dass etwa 20.000.000 Amerikaner regelmäßig an diesen Konferenzen teilnehmen, um, wenn ich das so sagen darf, die scharfsinnigen, intelligenten und höflichen Qualitäten Ihrer Washingtoner Korrespondenten zu beobachten.

Und schließlich geht es auch nicht darum, den angemessenen Grad an Privatsphäre zu prüfen, den die Presse jedem Präsidenten und seiner Familie einräumen sollte.

Wenn in den letzten Monaten Ihre Reporter und Fotografen des Weißen Hauses regelmäßig an Gottesdiensten teilgenommen haben, hat ihnen das sicherlich keinen Schaden zugefügt.

Andererseits kann ich durchaus nachvollziehen, daß sich Ihr Pressestab und die Agenturfotografen möglicherweise darüber beklagen, wenn sie auf den Golfplätzen nicht mehr dieselben Privilegien genießen, die sie zuvor einmal hatten.

Es stimmt zwar, dass mein Vorgänger – im Gegensatz zu mir – nichts dagegen hatte, wenn seine Fähigkeiten als Golfspieler in Aktion abgelichtet wurden, doch andererseits hat er auch nie einen Secret-Service-Mann geschlagen.

Mein Thema heute Abend ist ein nüchterneres, das sowohl Verleger als auch Redakteure beschäftigt.

Ich möchte über unsere gemeinsame Verantwortung angesichts einer allgegenwärtigen Gefahr sprechen.

Die Ereignisse der letzten Wochen mögen dazu beigetragen haben, diese Herausforderung für einige zu beleuchten, aber die Dimensionen ihrer Bedrohung sind seit vielen Jahren am Horizont sichtbar. Was auch immer unsere Hoffnungen für die Zukunft sein mögen – um diese Bedrohung zu verringern oder mit ihr zu leben – es gibt kein Entkommen angesichts der Schwere oder Totalität dieser Herausforderung für unser Überleben und für unsere Sicherheit – eine Herausforderung, die uns auf ungewöhnliche Weise in allen Bereichen menschlicher Aktivität begegnet.

Diese tödliche Herausforderung stellt unsere Gesellschaft zwei Anforderungen, die sowohl die Presse als auch den Präsidenten unmittelbar betreffen – zwei Anforderungen, die im Ton fast widersprüchlich erscheinen mögen, die aber in Einklang gebracht und erfüllt werden müssen, wenn wir dieser nationalen Gefahr begegnen wollen. Ich beziehe mich erstens auf die Notwendigkeit einer weitaus umfassenderen Information der Öffentlichkeit und erst in zweiter Linie die Notwendigkeit für weitergehende Geheimhaltung.



https://www.youtube.com/watch?time_continue=19&v=y8HTr-F-FVM

Das Wort „Geheimhaltung“ ist abstoßend in einer freien und offenen Gesellschaft. Als Volk haben wir eine natürliche und historische Abneigung gegen Geheimgesellschaften, geheime Schwüre und geheime Handlungen.

Wir haben vor langer Zeit entschieden, dass die Gefahren des übermäßigen und ungerechtfertigten Verschweigens einschlägiger Tatsachen die Gefahren, die zur Rechtfertigung angeführt werden, bei weitem überwiegen.

Es macht wenig Sinn, einer unfreien Gesellschaft zu begegnen, indem man ihre eigenmächtigen Beschränkungen imitiert. Auch heute noch ist es wenig wert, das Überleben unserer Nation zu sichern, wenn unsere Traditionen damit nicht fortbestehen.

Es gibt die sehr ernste Gefahr, dass unter dem Vorwand der Sicherheit Zensur und Geheimhaltung ausgedehnt werden.

Das will ich nicht zulassen, soweit es in meiner Hand liegt. Und kein Beamter meiner Regierung, ob hoch oder niedrig, zivil oder militärisch, sollte meine Worte

heute Abend als Entschuldigung interpretieren, um die Nachrichten zu zensieren, Dissens zu ersticken, unsere Fehler zu vertuschen oder der Presse und der Öffentlichkeit die Fakten vorzuenthalten, die sie erfahren sollten.

Aber ich bitte jeden Verleger, jeden Redakteur und jeden Journalisten in der Nation, seine eigenen Standards zu überprüfen und die Natur der Gefahr unseres Landes zu erkennen.

In Zeiten des Krieges teilen Regierung und Presse für gewöhnlich das Bemühen, hauptsächlich auf Selbstdisziplin beruhend, nicht-autorisierte Enthüllungen an den Feind zu vermeiden.

In der Zeit der „klaren und gegenwärtigen Gefahr“ haben die Gerichte entschieden, dass sogar die privilegierten Rechte des ersten Verfassungszusatzes dem Bedürfnis der Öffentlichkeit nach nationaler Sicherheit unterordnen müssen.

Heute ist kein Krieg erklärt worden – und so heftig der Kampf auch sein mag, er darf nie auf traditionelle Weise erklärt werden.

Unsere Lebensweise wird angegriffen. Diejenigen, die sich zu unserem Feind machen, rücken um den Globus vor. Das Überleben unserer Freunde ist in Gefahr. Und doch wurde kein Krieg erklärt, keine Grenzen von marschierenden Truppen überschritten, keine Raketen abgefeuert.

Wenn die Presse auf eine Kriegserklärung wartet, bevor sie sich die Selbstdisziplin der Kampfbedingungen auferlegt, dann kann ich nur sagen, dass kein Krieg jemals eine größere Bedrohung für unsere Sicherheit darstellte. Wenn Sie auf einen Beweis von „klarer und gegenwärtiger Gefahr“ warten, dann kann ich nur sagen, dass die Gefahr noch nie so deutlich und ihre Gegenwart noch nie so unmittelbar gewesen ist.

Es erfordert eine Änderung in der Einstellung, eine Änderung in der Taktik, eine Änderung in der Mission – durch die Regierung, durch das Volk, durch jeden Geschäftsmann oder Gewerkschaftsführer und durch jede Zeitung.

Denn wir werden weltweit von einer monolithischen und rücksichtslosen Verschwörung bekämpft, die sich in erster Linie auf verdeckte Mittel zur Erweiterung ihres Einflussbereichs stützt – auf Infiltration statt Invasion, auf Subversion statt Wahlen, auf Einschüchterung statt freier Wahl, auf Guerillas bei Nacht statt auf Armeen bei Tag. Es ist ein System, das riesige menschliche und

materielle Ressourcen in den Bau einer eng gestrickten, hocheffizienten Maschine eingezogen hat, die militärische, diplomatische, nachrichtendienstliche, wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Operationen vereint.

Ihre Vorbereitungen werden geheim gehalten, nicht veröffentlicht. Ihre Fehler sind begraben, nicht mit einer Überschrift versehen. Die Andersdenkenden werden zum Schweigen gebracht, nicht gepriesen. Keine Ausgabe wird in Frage gestellt, kein Gerücht gedruckt, kein Geheimnis gelüftet. Sie führt den Kalten Krieg, kurz gesagt, mit einer Kriegsdisziplin, die keine Demokratie je erhoffen oder wünschen würde.

Dennoch erkennt jede Demokratie die notwendigen Beschränkungen der nationalen Sicherheit an – und es bleibt die Frage, ob diese Beschränkungen strenger eingehalten werden müssen, wenn wir uns dieser Art von Angriffen und Invasionen widersetzen wollen.

Denn die Tatsachen sind, dass die Feinde dieser Nation offen damit prahlen, durch unsere Zeitungen Informationen zu erhalten, die sie ansonsten durch Diebstahl, Bestechung oder Spionage erwerben würden. Dass Einzelheiten über die verdeckten Vorbereitungen dieser Nation, um den verdeckten Operationen des Feindes zu begegnen, jedem Zeitungsleser, Freund und Feind gleichermaßen zur Verfügung standen. Dass die Größe, die Stärke, der Standort und die Art unserer Streitkräfte und Waffen sowie unsere Pläne und Strategien für ihren Einsatz in der Presse und anderen Nachrichtenmedien in einem Maße veröffentlicht wurden, das ausreicht, um jede ausländische Macht zufrieden zu stellen und dass zumindest in einem Fall die Veröffentlichung von Einzelheiten über einen geheimen Mechanismus, mit dem Satelliten verfolgt wurden, eine Änderung auf Kosten von viel Zeit und Geld erforderlich machte.

Die Zeitungen, die diese Geschichten druckten, waren loyal, patriotisch, verantwortungsvoll und meinte es gut. Wären wir in einen offenen Krieg verwickelt gewesen, hätten sie zweifellos keine solchen Artikel veröffentlicht. Doch mangels offener Kriegführung erkannten sie nur die journalistischen Anforderungen, aber nicht die Erfordernisse der nationalen Sicherheit. Und meine Frage heute Abend läutet, ob hier nicht neue Maßstäbe angebracht wären.

Die Antwort liegt allein bei Ihnen. Kein Beamter sollte diese Frage für Sie beantworten. Kein Regierungsplan sollte seine Restriktionen gegen Ihren Willen auferlegen. Aber ich würde meine Pflichten und meine Verantwortung

gegenüber der Nation vernachlässigen, wenn ich dieses Problem nicht ihrer Aufmerksamkeit empfehlen und auf seine sorgsame Abwägung drängen würde.

Bei vielen früheren Gelegenheiten habe ich gesagt – und auch Ihre Zeitungen haben das ständig erwähnt – dass dies Zeiten sind, die an den Sinn für Opferbereitschaft und Selbstdisziplin eines jeden Bürgers appellieren. Sie fordern jeden Bürger auf, seine Rechte und Annehmlichkeiten gegen seine Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwohl abzuwägen. Ich kann jetzt nicht glauben, dass sich die Bürger, die im Zeitungsgeschäft tätig sind, von diesem Aufruf ausgenommen fühlen.

Ich habe nicht die Absicht, ein neues Amt für Kriegsinformationen einzurichten, um den Nachrichtenfluss zu regeln. Ich schlage keine neuen Formen der Zensur oder neue Arten von Sicherheitsklassifikationen vor. Ich habe keine einfache Antwort für dieses Dilemma, welches ich aufgeworfen habe, und ich würde nicht versuchen, sie Ihnen aufzuzwingen, wenn ich eine hätte. Aber ich fordere die Mitglieder des Zeitungssektors und der Industrie in diesem Land auf, ihre eigene Verantwortung zu überprüfen, das Ausmaß und die Art der gegenwärtigen Gefahr zu berücksichtigen und die Pflicht zur Selbstbeschränkung zu beachten, die diese Gefahr uns allen auferlegt.

Jede Zeitung beurteilt eine Story mit der Frage, : „Gibt es Neuigkeiten?“ Ich schlage nur vor, dass Sie die Frage hinzufügen: „Ist es im Interesse der nationalen Sicherheit?“ Und ich hoffe, dass jede Gruppe in Amerika – Gewerkschaften und Geschäftsleute und Beamte auf allen Ebenen – die gleiche Frage nach ihren Bemühungen stellen und ihre Handlungen denselben anspruchsvollen Tests unterziehen wird.

Und sollte die amerikanische Presse die freiwillige Übernahme bestimmter neuer Schritte oder Maßnahmen in Erwägung ziehen und empfehlen, kann ich Ihnen versichern, dass wir mit diesen Empfehlungen uneingeschränkt zusammenarbeiten werden.

Vielleicht gibt es keine Empfehlungen. Vielleicht gibt es keine Antwort auf das Dilemma einer freien und offenen Gesellschaft in einem kalten und geheimen Krieg. In Friedenszeiten ist jede Diskussion über dieses Thema und jede Aktion, die sich daraus ergibt, schmerzhaft und ohne Beispiel. Aber dies ist eine Zeit des Friedens und der Gefahr, die keine Parallele in der Geschichte kennt.

II

Es ist der beispiellose Charakter dieser Herausforderung, der auch Ihre zweite Verpflichtung begründet – eine Verpflichtung, die ich teile. Und das ist die Verpflichtung, die Menschen in Amerika zu informieren und zu alarmieren, um sicherzustellen, dass sie alle Fakten kennen, die sie benötigen, und dass sie außerdem die Gefahren, die Aussichten und die Absichten unseres Programms sowie die Entscheidungen verstehen, die wir zu treffen haben.

Kein Präsident sollte die öffentliche Überprüfung seines Programms fürchten. Denn aus dieser Prüfung ergibt sich Verständnis; und aus diesem Verständnis ergibt sich Unterstützung oder Widerstand. Und beides ist notwendig. Ich bitte Ihre Zeitungen nicht, die Administration zu unterstützen, aber ich bitte Sie um Ihre Hilfe bei der gewaltigen Aufgabe, das amerikanische Volk zu informieren und zu alarmieren. Denn ich habe volles Vertrauen in die Reaktion und das Engagement unserer Bürger, wenn sie umfassend informiert sind.

Ich könnte nicht nur die Kontroverse unter Ihren Lesern nicht ersticken – ich begrüße sie. Diese Regierung beabsichtigt, freimütig zu ihren Irrtümern zu stehen.

Denn, wie ein weiser Mann einmal sagte: „Ein Fehler wird erst dann zu einem Fehler, wenn Sie sich weigern, ihn zu korrigieren.“ Wir beabsichtigen, die volle Verantwortung für unsere Fehler zu übernehmen, und wir erwarten, dass Sie uns darauf hinweisen, wenn wir dies versäumen.

Ohne Debatte, ohne Kritik kann keine Regierung und kein Land Erfolg haben – und keine Republik kann überleben. Das ist der Grund, warum der Athener Gesetzgeber Solon es zu einem Verbrechen für jeden Bürger erklärt hat, vor Kontroversen zurückzuschrecken. Das ist der Grund, weshalb unsere Presse durch den ersten Zusatz der Verfassung geschützt wurde – die einzige Branche in Amerika, die ausdrücklich durch die Verfassung geschützt ist – nicht um in erster Linie zu amüsieren, zu unterhalten, das Triviale oder Sentimentale zu betonen, nicht um den Leuten einfach nur das zu geben, was sie wollen – sondern um zu informieren, aufzurütteln, zu reflektieren, unsere Gefahren und Möglichkeiten zu benennen, unsere Krisen und unsere Entscheidungen aufzuzeigen, um die öffentliche Meinung zu führen, zu formen, zu erziehen und manchmal sogar zu verärgern.

Das bedeutet mehr Berichterstattung und Analyse internationaler Nachrichten – denn sie sind nicht mehr weit weg und fremd, sondern nahe und lokal. Es

bedeutet mehr Aufmerksamkeit für ein besseres Verständnis der Nachrichten sowie eine bessere Übertragung. Und es bedeutet schließlich, dass die Regierung auf allen Ebenen ihrer Verpflichtung nachkommen muss, Ihnen möglichst umfassende Informationen außerhalb der engsten Grenzen der nationalen Sicherheit zur Verfügung zu stellen – und wir beabsichtigen, dies zu tun.

III

Es war Anfang des 17. Jahrhunderts, als Francis Bacon auf drei neue Erfindungen hinwies, die die Welt bereits verändert haben: den Kompass, das Schießpulver und die Druckmaschine.

Nun haben uns die Verbindungen zwischen den Nationen, die zuerst durch den Kompass geschmiedet wurden, zu Bürgern der Welt gemacht. Die Hoffnungen und die Bedrohungen eines einzelnen werden die Hoffnungen und Bedrohungen von uns allen.

In den Bemühungen der einen Welt, zusammenzuleben, hat die Entwicklung des Schießpulvers bis an seine Grenzen die Menschheit vor den schrecklichen Folgen eines Fehlers gewarnt.

Und so liegt es in den Händen der Presse – der die menschlichen Tagen beschreibt, wein Gewissen bewahrt und Kurier der Nachrichten ist – dass wir die Kraft und Hilfe finden, im Vertrauen darauf, dass der Mensch mit Ihrer Hilfe das sein wird, wozu er geboren wurde: Frei und unabhängig.

Am 4. Juni 1963 unterzeichnete John F. Kennedy die „Executive Order“ 11110, mit der er die „Federal Reserve“ de facto entmachtete.

Er ließ 4,3 Milliarden Dollar neues Geld drucken, das durch die staatlichen Reserven an Silber gedeckt war und für das die Regierung keine Zinsen zahlen musste.

Am 22. November 1963 wurde Kennedy ermordet. Durch die Offenlegung eines Teils der Kennedy-Files konnte man sehen, dass an insgesamt drei Stellen auf Kennedy geschossen wurde. Lee Oswald konnte aufgrund des Schusswinkels nicht der Mörder des tödlichen Schusses gewesen sein. Das Auto war bereits an seinem Standort vorbeigefahren, als Kennedy seitlich am Kopf getroffen wurde.